

- ▶ Kolumne
- ▶ Ausstellung „Griechen in Hohenlohe“

Seite 1

- ▶ Aktuelles aus dem Europäischen Parlament

Seite 2

- ▶ Wegweiser Europa
- ▶ Termine
- ▶ Impressum

Seite 4

Liebe Leserin, lieber Leser,

eine Verfassung für Europa hätte es leichter gemacht. Demagogen haben das verhindert. So ruckelt sich jetzt eben an ihrer Stelle der Reformvertrag von Lissabon zu recht.

Die europäischen Institutionen schlafen nicht und holen aus diesem Werk von Juristen für Juristen heraus, was ihnen günstig erscheint. Das Parlament nimmt seine gestärkten Rechte selbstbewusst und energisch wahr, die die Rechte der Bürgerinnen und Bürger sind.

Als der Europäische Rat Stunden vor Rechtskraft des Lissabonner Vertrags das SWIFT-Abkommen mit der unkontrollierten Ausspitzelung von Bankdaten schloss, fegte es das Parlament entschlossen vom Tisch.

Gut für Europa. Aber beim Ausloten der Möglichkeiten des Reformvertrags lauern auch Gefahren.

So versucht Kommissionspräsident Barroso aus der Europäischen Kommission als Kollektivorgan, in dem alle die Verantwortung gemeinsam tragen, ein Präsidialsystem zu machen, in dem nur er selbst das Sagen hat.

Diesen Herrn müssen Merkel und Co. bremsen.

Mit



Evelyne Gebhardt mit der griechischen EU-Kommissarin Maria Damanaki bei der Ausstellungseröffnung „Griechen in Hohenlohe“

Griechen von Hohenlohe erobern Brüssel

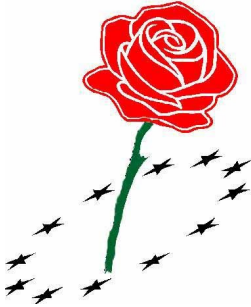
Gemeinsam mit der griechischen Europakommissarin Maria Damanaki hat die Mulfingener SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt die Ausstellung "Die Griechen in Hohenlohe" in Brüssel eröffnet. Viele hatten ihr Kommen zugesagt und kamen sogar aus Hohenlohe.

Sie wollten die Ausstellung mit „Biographien - Hintergründe - Visionen“ in den Räumen des Ausschusses der Regionen in Brüssel sehen.

Die erfolgreiche Ausstellung über das Leben der griechischen Einwanderer während der sechziger Jahre hat mittlerweile weit über die Landesgrenzen hinaus Beachtung gefunden und gastierte bereits zum zweiten Mal in Belgiens Hauptstadt.

Neben anderen Exponaten, waren insbesondere die Porträtzeichnungen der Hohenloher Künstlerin Dorothee Utta zu sehen. Zudem veranschaulicht die Sammlung anhand ausgewählter Fotografien und Gegenständen aus jener Zeit die Schwierigkeiten der Gastarbeiter, ihre geliebte Heimat Griechenland zu verlassen. Gleichzeitig gelten die Griechen von Hohenlohe aber auch als ein Musterbeispiel dafür, wie das Zusammenleben verschiedener Kulturen funktionieren kann.

Evelyne Gebhardt: „Mich begeistert an dieser Ausstellung immer wieder, dass sie zeigt wie Europa unterschiedliche Kulturen und Lebensgewohnheiten zusammenführt.“



Mehr Durchblick im Regal

Nach einer Abstimmung im Gesundheitsausschuss kommt Europa bei einer besseren Lebensmittelkennzeichnung voran. „Das ist ein Fortschritt für die Verbraucherinnen und Verbraucher“, freute sich die Verbraucherschutz-Expertin Evelyne Gebhardt.

„Endlich müssen überall in der EU die Nährwertangaben der Lebensmittel verpflichtend und gut lesbar abgedruckt werden“, erklärte die Europaabgeordnete aus Hohenlohe. Lebensmittelhersteller sind zukünftig verpflichtet, Angaben zu Energiewert, Fett, gesättigten Fettsäuren und Kohlenhydraten mit besonderem Hinweis auf Zucker und Salz anzugeben.

Sie freute sich, dass auch Ballaststoffe, Eiweiß und Transfettsäuren gekennzeichnet werden müssen, wenn das entsprechende Gesetz in Kraft getreten ist. Gegen den Widerstand der konservativen Mitglieder im Umweltausschuss konnte durchgesetzt werden, dass auch das Herkunftsland für Produkte aus Fleisch, Geflügel und Milch sowie für Obst und Gemüse immer angegeben werden muss. „Das ist ein großer Erfolg für die Verbraucherinnen und Verbraucher, die genau wissen wollen, wo ihre Lebensmittel herkommen“, betonte Evelyne Gebhardt.

Die SPD-Abgeordnete bedauerte den Widerstand der Konservativen gegen informative Angaben bei Portionsgrößen und dem Alkoholgehalt in Lebens- und Genussmitteln.

Kennzeichnung für

Agrarerzeugnisse

Das Europäische Parlament fordert eine verbesserte Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse und aussagekräftige Informationen für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Abgeordneten forderten die Europäische Kommission auf, geeignete Maßnahmen zu prüfen. Für die Verbraucher sei eine klare und eindeutige Kennzeichnung bei der Auswahl ihrer Lebensmittel entscheidend.

„Wichtig ist, dass der Verbraucher sieht, woher ein Produkt kommt und er die Möglichkeit hat auf regionale Erzeugnisse zurückzugreifen, ohne lange nach der Herkunft suchen zu müssen“, äußerte sich Ulrike Rodust, die agrarpolitische Fraktionssprecherin und SPD-Europaabgeordnete. Der in Brüssel verabschiedete Bericht plädiert für eine weitergehende Angabe des Erzeugungsortes als das bisher bei Lebensmitteln der Fall ist. „Damit haben wir die Möglichkeit regionale und lokale Strukturen zu stärken“, so die Sozialdemokratin weiter.

Das Europaparlament hat sich zudem gegen die von der EU-Kommission vorgeschlagene Zusammenlegung der 'geschützten Ursprungsbezeichnung' und der 'geschützten geografischen Angabe' ausgesprochen. „Ich bin sehr froh, dass wir dafür gestimmt haben, die Unterscheidung zwischen geschützter Ursprungsbezeichnung und der geschützten geografischen Angabe beizubehalten. Es macht doch einen großen Unterschied, ob Produkte in ihrer traditionellen Ursprungsregion nach regional typischen und traditionellen Herstellungsweisen hergestellt wer-

den oder ob sie lediglich in der Region verarbeitet werden“, sagte Ulrike Rodust.

Freier Internetzugang ist Grundrecht

Eine „notwendige Warnung“ an die Europäische Kommission nannte der SPD-Europaabgeordnete Bernd Lange die vom Europäischen Parlament verabschiedete Resolution zu den hinter verschlossenen Türen stattfindenden ACTA-Verhandlungen - ein internationales Abkommen, das Produktfälschungen und Urheberrechtsverletzungen begrenzen soll.

Aus internen Dokumenten wurde deutlich, dass das Abkommen Internetprovider dazu verpflichten könnte, das Internetangebot zu kontrollieren, einzuschränken und Internetnutzern den Netzzugang zu sperren. „Damit würden Provider quasi zu Hilfssheriffs von wirtschaftlichen Interessen“, warnte Bernd Lange. Gleichzeitig werden in den Verhandlungen auch offline Maßnahmen, wie die Durchsuchung elektronischer Datenträger an Grenzen ins Auge gefasst. „Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse mit automatischen Internetsperren und astronomischen Schadenersatzsummen, wir wollen auch keine Kontrollen von Laptops und MP3-Playern. Der Kampf gegen Produktpiraterie darf nicht dazu führen, das Grundrecht auf freien Internetzugang für private Nutzer sowie für Forschung und Wissenschaft einzuschränken“, forderte Bernd Lange.

Bereits im November 2009 setzte

(Fortsetzung auf Seite 3)



EUROPA-AKTUELL

Evelyne Gebhardt, MdEP

Nr. 4/2010, 15. April 2010



(Fortsetzung von Seite 2)

das Europäische Parlament im Telekom-Paket durch, dass einer Internetsperrung ein faires und unabhängiges Rechtsverfahren vorausgehen muss. Außerdem gelten die Unschuldsvermutung und das Recht auf Privatsphäre. „Sollte die Europäische Kommission diese Regelungen zum Schutz der Internetnutzer durch ein internationales Handelsabkommen nun hintergehen, wird das Europäische Parlament dem Abkommen nicht zustimmen“, kündigte Bernd Lange an.

Haushalt 2011 gewinnt Gestalt

Das Europäische Parlament hat als erste Institution zum EU-Haushalt 2011 Stellung bezogen. Für Jutta Haug, SPD-Abgeordnete und Vizepräsidentin im Haushaltsausschuss, ist dies eine Aufforderung an die EU-Kommission, die Schwerpunkte des Parlaments in ihrem Haushaltentwurf zu berücksichtigen. „Wenn die Kommission ihren Vorschlag vorlegt, möchte ich unseren politischen Willen darin wieder erkennen.“

Besonders berücksichtigen möchte das Europäische Parlament die jungen Menschen in der Europäischen Union. Die Sozialdemokratin betont, dass Jugendpolitik nicht nur Ausbildungs-, Bildungs- und Austauschprogramme berücksichtigen soll, sondern vor allem auch soziale und integrationsorientierte Strategien entwickeln muss.

„Nur mit der entsprechenden Unterstützung kann die Jugend ihre wichtige Rolle für die künftige Entwicklung und das Wachstum der EU wahrnehmen“, ist Jutta

Haug überzeugt.

Zusätzlich setzte die sozialdemokratische Fraktion einen Änderungsantrag durch, damit sich Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels als Querschnittsaufgabe im gesamten europäischen Haushalt widerspiegeln. „Auch wenn es dafür eine zuständige Kommissarin gibt, ist der Kampf gegen den Klimawandel in allen Politikbereichen zu verankern“, fordert die SPD-Europaparlamentarierin.

„Plan B“ für Klimaschutz

Anlässlich einer Debatte mit der neuen EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard fordert der Vorsitzende des Umweltausschusses im Europäischen Parlament, Jo Leinen (SPD), einen europäischen Anlauf für den Klimaschutz. Leinen: „Nach der gescheiterten Klimakonferenz in Kopenhagen braucht die Europäische Union einen ‚Plan B‘, um die internationalen Verhandlungen für ein weltweites Klimaschutzabkommen wieder in Gang zu bringen.“

Wenn ein umfassendes Abkommen wegen des Widerstands aus China und den USA nicht möglich ist, sollen internationale Abkommen über einzelne Sektoren in der Klimaproblematik angesteuert werden.

Hierzu zählen Abkommen über den Schutz der Wälder, die Reduzierung der Emissionen im Luft- und Seeverkehr als auch die Organisation eines internationalen Kohlenstoffmarktes durch den Handel mit Emissionszertifikaten. Darüber hinaus gehörten weltweite Standards zur Erfassung und

Kontrolle von Emissionen bei den Klimagasen zum Aufgabenkatalog der nächsten UNO-Klimakonferenz im Dezember 2010 in Mexiko.

„Die EU selbst muss noch einige Hausaufgaben beim Klimaschutz erledigen, um den weltweiten Führungsanspruch zu belegen“, sagt Jo Leinen. So sollte das Effizienzziel von 20 Prozent Reduzierung des Energieverbrauchs bis 2020 verbindlich gemacht werden.

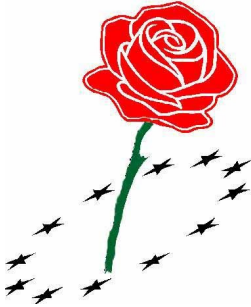
„Neben der Industrie sollten auch die Bereiche Gebäude, Haushalte, Verkehr und Landwirtschaft stärker in die Klimaschutzziele eingebunden werden“, erklärt Jo Leinen.

Finanztransaktionen besteuern

Das Europäische Parlament hat mit breiter Mehrheit die Europäische Kommission aufgefordert, Möglichkeiten zur Besteuerung von Finanztransaktionen zu prüfen. Der sozialdemokratische Fraktionssprecher für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Dr. Udo Bullmann, forderte die Europäische Union zu entschlossenem Handeln auf: „In der Welt gibt es 70 bis 90-mal mehr spekulative Finanztransaktionen als Geldbewegungen, die mit der realen Wirtschaft zusammenhängen. Eine Finanztransaktionssteuer kann helfen, hier wieder eine gesunde Balance zu finden.“ Gleichzeitig könnten so die Verursacher der gegenwärtigen Krise an der Bewältigung der enormen Kosten beteiligt werden.

„Ich erwarte von der EU-

(Fortsetzung auf Seite 4)



(Fortsetzung von Seite 3)

Kommission, dass sie alle Optionen prüft, inklusive einer eigenen europäischen Finanztransaktionssteuer. Wir dürfen uns nicht hinter den USA oder anderen Ländern verstecken, wenn es auf der globalen Ebene keinen Fortschritt in dieser Frage gibt“, stellte Bullmann klar.

Den Gegnern einer Besteuerung von Finanztransaktionen hielt der Sozialdemokrat entgegen: „Es leuchtet mir nicht ein, warum eine Transaktionssteuer von 0,01 oder 0,05 Prozentpunkten angeblich die Wettbewerbsfähigkeit Europas ruiniert. Gerade dann nicht, wenn die EU-Kommission im gleichen Atemzug Mitgliedstaaten mit Haushaltsproblemen nahelegt, die auf den realen Verbrauch von Gütern bezogene Mehrwertsteuer um mehrere Prozentpunkte zu erhöhen.“

Insgesamt bewertet Bullmann die Haltung der EU-Kommission als zu ausweichend: „Gerade bei der Besteuerung von Finanztransaktionen muss die Kommission auch auf internationalem Parkett mehr Courage zeigen.“

Wegweiser Europa

Mit der Klasse nach Europa

Euroscola ist ein Programm des Europäischen Parlaments, das Schülerinnen und Schülern den Besuch des Europäischen Parlaments in Straßburg ermöglicht. Etwa 500 Schülerinnen und Schüler aus sämtlichen europäischen Mitgliedsländern kommen in den Räumen der europäischen Volksvertretung

zusammen, um Europa besser kennen zu lernen und gemeinsam über die EU zu debattieren.

Das Europäische Parlament gewährt einen Fahrtkostenzuschuss, der von der Größe der Schülergruppe und der zurückzulegenden Distanz abhängt.

Euroscola richtet sich grundsätzlich an Schulklassen der gymnasialen Oberstufe; andere Schulformen und Altersstufen können bei Vorliegen der Voraussetzungen auch berücksichtigt werden.

Um an dem Programm teilzunehmen, müssen die Schulen sich für das Programm bewerben.

Weitere Informationen erhalten Sie beim Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Straßburg:

Tel. 0033 / 3 88 17 40 01

epstrasbourg@europarl.europa.eu

Terminhinweise

19. April

**Was? Besuchergruppe
Gymnasium St. Michael
aus Schwäbisch Hall**

Wo? Straßburg

20. April

**Was? Besuchergruppe
aus Alpirsbach/Neuville**

Wo? Straßburg

22. April

**Was? Besuchergruppe
Gymnasium aus Plochingen**

Wo? Straßburg

23. April

Was? ASF Bundesvorstand

Wo? Berlin, Willi Brandt Haus

24. April

**Was? Europatag Landfrauen
KV SHA und KV Crailsheim**

Wo? Kirchberg

26. April

Ausstellungseröffnung Nationalsozialismus und Gewerkschaften

Wo? Brüssel

30. April

**Was? Europaprojekttag des
Burghardt Gymnasiums**

Wo? Buchen

1. Mai

Was? Maikundgebung des DGB

Wo? Öhringen

2. Mai

Was? 1. Weltkinderfest Hohenlohe

Wo? Künzelsau, Wertwiesen

4. Mai

Was? Kommission Attali

Wo? Paris

7.- 8. Mai

Was? ASF-Antragskommission

Wo? Berlin

9. Mai

Was? Tag der offenen Tür

Wo? Europäisches Parlament
in Straßburg

Impressum

Redaktion: Peter Gebhardt
und Wolfgang Ellsäßer

Europabüro

Keltergasse 47

74653 Künzelsau

Tel.: 0 79 40 – 5 91 22

Fax: 0 79 40 – 5 91 44

E.Gebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament

60, rue Wiertz

B-1047 Brüssel

Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66

Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66

Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu

Die nächste Ausgabe erscheint
am 13. Mai 2010.